

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Europa auf einen Blick

Die Website der Europäischen Union mit neuem Layout

>> 3

Modernisierung

EU fördert 13 Modellprojekte in Deutschland

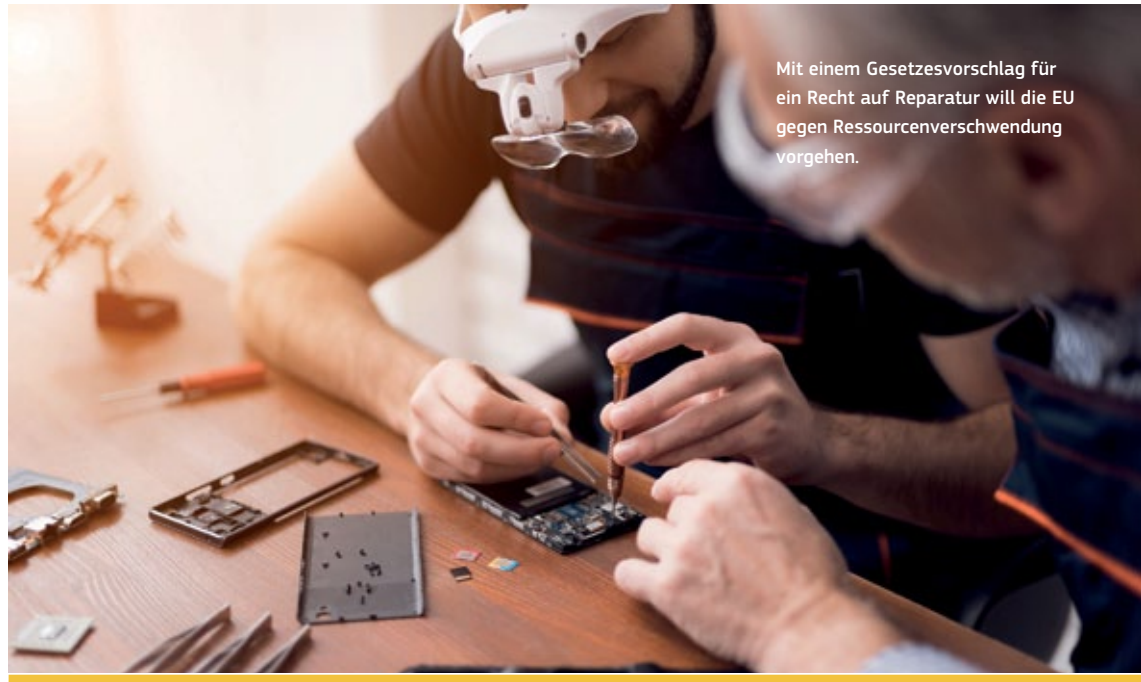
>> 5

Europa vor Ort

Wie Dortmund Zugewanderten aus der EU das Ankommen erleichtert

>> 6

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint am 20. April 2023.



Mit einem Gesetzesvorschlag für ein Recht auf Reparatur will die EU gegen Ressourcenverschwendung vorgehen.

© Shutterstock

UKRAINE

EU-Mitgliedstaaten liefern 1 Million Schuss Munition

Die EU-Mitgliedstaaten haben zugesagt, der Ukraine innerhalb der kommenden zwölf Monate eine Million Schuss Artillerie-Munition zu liefern. Dazu wird die EU-Kommission einen Gesetzesvorschlag vorlegen, um die Herstellung von Munition auszuweiten. Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, warb für eine Vertiefung der gemeinsamen Rüstungsbeschaffung der Mitgliedstaaten und erklärte: „Unsere militärische Unterstützung und unsere Entscheidung, gemeinsam Munition zu kaufen, dienen der Sache eines gerechten Friedens in der Ukraine. Es ist eine richtige und notwendige Entscheidung.“ Parallel gab die EU-Kommission weitere 1,5 Milliarden Euro an Finanzhilfen für das Land frei.

Europäische Unterstützung


VERBRAUCHERSCHUTZ

EU setzt auf Reparieren statt Wegwerfen


Um den Verbraucherschutz zu stärken sowie Ressourcen und Klima zu schonen, hat die EU-Kommission ein Recht auf Reparatur bei defekten Waren vorgeschlagen. Zugleich setzt die Kommission auf klare Regeln für nachhaltige Produkte, um irreführende Werbung mit falschen Klimaversprechen zu verhindern. Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz und Verbraucherschutz, erklärte in Brüssel: „Das stärkt den Verbraucherschutz und erleichtert es, die Ziele unseres europäischen Grünen Deals zu erreichen.“

Fernsehgeräte, Waschmaschinen oder Küchengeräte – jährlich landen rund 35 Millionen Waren im Abfall, obwohl sie leicht zu reparieren gewesen wären. Die EU-Kommission geht gegen die Ressourcenverschwendung vor und baut mit einem Gesetzesvorschlag auf ein Recht auf Reparatur. „Mit diesen neuen Maßnahmen werden Verbraucherinnen und Verbraucher die Instrumente erhalten, die sie benötigen, um sich für eine Reparatur zu entscheiden und einen positiven Beitrag zur Kreislaufwirtschaft zu leisten“, so Reynders.

Der Vorschlag sieht unter anderem vor:

 **Recht auf Reparatur:** Geräte wie Spülmaschinen oder Fernseher haben europaweit eine gesetzliche Herstellergarantie von zwei Jahren. Geht ein Gerät kaputt, wird es von Herstellern

aber oft einfach durch ein neues ersetzt. Künftig können Kunden auf eine Reparatur bestehen – auch innerhalb der Garantiefrist. Voraussetzung: Die Instandsetzung ist nicht teurer als ein neues Gerät. Auch jenseits der Garantiefrist dringt die Kommission auf ein Recht auf Reparatur. So sollen Hersteller zwischen fünf und zehn Jahren Ersatzteile bereithalten – je nach Gerätetyp. Reynders sieht das als „eine wichtige Botschaft an die Unternehmen, dass sich nachhaltige Geschäftsmodelle und Investitionen in Reparaturen auszahlen“.

 **Internetplattform für Reparaturdienste:** Die EU-Kommission will freie Reparaturdienste stärken. Dazu sollen die Mitgliedstaaten eine Internetplattform aufbauen, die eine Übersicht über in Frage kommende Handwerksbetriebe bietet.

>>

“
Nachhaltiger Konsum ist eines der Ziele des europäischen Grünen Deals.
 ”
Didier Reynders, EU-Kommissar für Justiz und Verbraucherschutz

Verbraucherrechte

Die EU-Fluggastrechteverordnung regelt die Entschädigung für Luftpassagiere. So ist bei Flügen mit einer Entfernung bis zu 1.500 Kilometern bei einer Verspätung von mehr als 3 Stunden eine Entschädigung von 250 Euro fällig. Für Bahnreisende gelten ebenfalls EU-weite Fahrgastrechte. So kann der Reisende 25 Prozent des Fahrpreises zurückverlangen, wenn der Zug mit 60 bis 119 Minuten Verspätung ankommt. Für Beschäftigte legte die EU-Kommission einen Vorstoß für klare Bedingungen in Arbeitsverträgen vor. Die Datenschutzgrundverordnung der EU regelt seit 2018 die Rechte von europäischen Userinnen und Usern im Internet. Informationen zum Europäischen Verbraucherschutz bietet das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) unter <https://www.evz.de>

>>

Zudem wird vorgeschlagen, dass Hersteller ihre Baupläne und Reparaturanleitungen offenlegen.

▶ **Klare Kundendienstregeln:** Die EU-Kommission schlägt darüber hinaus ein europaweit einheitliches Formular für Reparaturdienste vor. Es liefert Kunden eindeutige Informationen über die Zeit für die benötigte Wartung und die zu erwartenden Kosten. Das soll Verbraucherinnen und Verbrauchern die nötige Transparenz bieten und den Wettbewerb zwischen den Anbietern erhöhen.

KLARE REGELN FÜR WERBUNG

Rund 77 Prozent der Europäerinnen und Europäer zeigten sich in einer Eurobarometer-Umfrage bereit, den Klimaschutz persönlich zu unterstützen. Dies zeigt sich zum Beispiel im Kauf umweltfreundlicher Produkte. Allerdings ist die Werbung dafür vielfach irreführend. Von „Greenwashing“ sprechen Fachleute mit Blick auf pauschale Hinweise wie „klimafreundlich hergestellte Kleidung“ oder „CO2-reduzierte Verpackungen“. So fand eine

Studie der Kommission aus dem Jahr 2020, dass rund 40 Prozent der Umweltaussagen in der Werbung nicht eindeutig belegt sind, 53 Prozent der Angaben waren mehr als vage.

Virginijus Sinkevičius, EU-Umweltkommissar, klagte: „Wir werden mit Informationen überhäuft.“ Das könne zu Verwirrung und Misstrauen führen. Hier setzt die EU-Kommission auf eine zweite Gesetzes-Initiative gegen irreführende Umweltaussagen und damit auf klare Werbe- und Produktregeln. Der Vorstoß sieht unter anderem vor:

▶ **Belegbare Aussagen:** Wenn Unternehmen künftig mit Umweltaussagen werben, müssen sie diese Behauptungen auch nachweisen können. Der Vorschlag der Kommission sieht zudem vor, dass die Mitgliedstaaten unabhängige Stellen benennen, die die Aussagen prüfen.

▶ **Eindeutige Label:** Mehr als 230 unterschiedliche Umweltzeichen ermittelte die EU-Kommission in einer Untersuchung. Diese verwirrende Vielfalt soll eingeschränkt werden. Ziel ist, neue Label nur noch nach eindeutigen Kriterien und auf EU-Ebene zuzulassen. Sinkevičius betont: „Es ist wichtig, Umweltaussagen und -zeichen auf Produkten vertrauen zu können.“

BEITRAG ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT

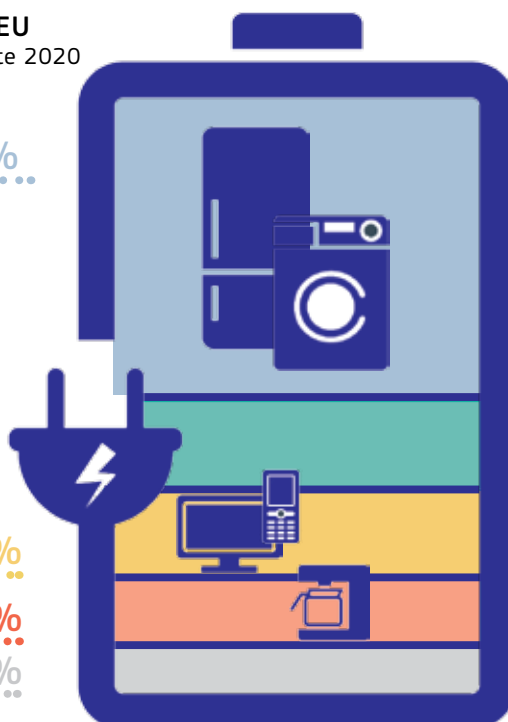
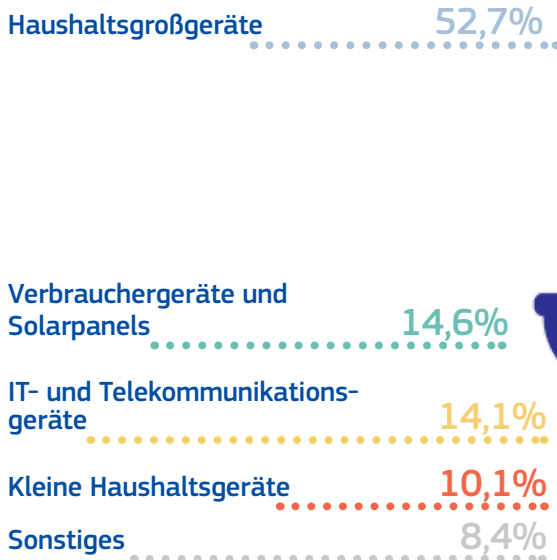
Die vorgelegten Initiativen sind Teil des Aktionsplans zur Kreislaufwirtschaft, den die EU-Kommission vor drei Jahren im Rahmen des europäischen Grünen Deals vorlegte. Angestrebt wird, die Wiederverwertung von Rohstoffen zu erhöhen. Damit soll das Ziel erreicht werden, Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu machen. Steigt die Recyclingquote nicht, könnten im Jahr 2030 rund 750 Millionen Tonnen Elektroschrott anfallen.

Die Kommission hatte daher im vergangenen Jahr eine Initiative zum Öko-Design vorgelegt, unter anderem um die Langlebigkeit von Produkten zu erhöhen und die Wiederverwendung von Rohstoffen zu steigern, etwa über einen digitalen Produktpass. Parallel dazu kam ein Vorschlag für eine Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel. Reynders sagte: „Unser Vorschlag ist das letzte Puzzleteil, um den Zugang zur Reparatur sicherzustellen.“ (pr)

Verbraucherschutz

Elektronik- und Elektroschrott in der EU

Gesammelte elektronische und elektrische Geräte 2020



■ EUROPA AUF EINEN BLICK

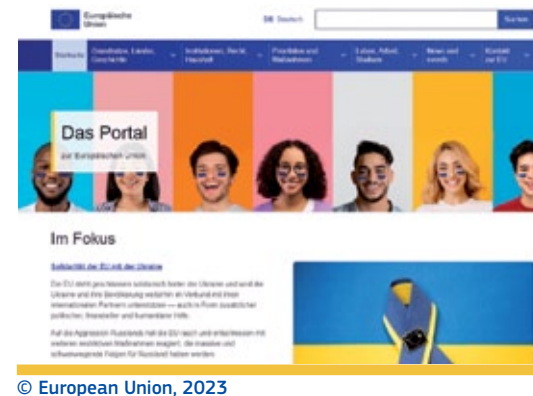
Das offizielle Portal der Europäischen Union erhält ein neues Layout

Was unternimmt die Europäische Union, um die Ukraine zu unterstützen? Wie läuft noch mal die finanzielle Förderung durch den Aufbaufonds NextGenerationEU? Und an welchen Gesetzen arbeiten die Institutionen der Europäischen Union gerade?

Einen kompakten Überblick über aktuelle Entwicklungen der EU-Politik bietet das offizielle Internetportal der Europäischen Union unter https://european-union.europa.eu/index_de. Das offizielle Portal der EU hat ein neues Design erhalten. Dossiers bieten Hintergrundinformationen, aktuelle Grafiken und weiterführende Lektüre zu Schwerpunktthemen wie der europäischen Unterstützung für die Ukraine, dem grünen Energieprogramm REPowerEU oder Maßnahmen zur Energiesicherheit. Zusätzlich liefert ein Ticker aktuelle Meldungen zu neuen Initiativen der EU-Kommission, Plenartagungen des Europäischen Parlaments und Beschlüssen des Rats der Mitgliedstaaten bis hin zu Informationen von EU-Einrichtungen wie der Europäischen Arzneimittelbehörde und Informationen über Austauschprogramme wie Eras-

mus+. Daneben bietet die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland weiter wie gewohnt auf ihrer [Website](#) Berichte zu aktuellen Entwicklungen mit dem besonderen Fokus auf Deutschland, hinzu kommen der tägliche Newsletter EU-AKTUELL und alle zwei Wochen die [EU-Nachrichten](#).

[Europa auf einen Blick](#)



© European Union, 2023

■ ERDBEBEN-HILFE

EU-Kommission stellt 1,1 Milliarden Euro für Türkei und Syrien bereit

Die EU-Kommission hat rund 1,1 Milliarden Euro zugesagt, um die Folgen der schweren Erdstöße in der Türkei und Syrien zu bewältigen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte auf einer internationalen Geberkonferenz in Brüssel: „Die ganze Welt stellte Hilfe bereit, um die Menschen in der Türkei und Syrien zu unterstützen. Denn das Ausmaß der Tragödie ist so groß, dass kein Land allein geschafft hätte, was wir gemeinsam erreicht haben.“ Insgesamt wurden bei dem Treffen Hilfen in Höhe von [7 Milliarden Euro](#) zugesagt. Gut

die Hälfte kommt vom Team Europa, Deutschland stellt 240 Millionen Euro für den Wiederaufbau in der Region bereit. Die EU-Kommission hatte gemeinsam mit dem schwedischen Ratsvorsitz der Mitgliedstaaten zu der [Geberkonferenz](#) geladen. Von der Leyen kündigte 1 Milliarde Euro an Unterstützung für Aufbaumaßnahmen in der Türkei an. Nach Syrien gehen 108 Millionen Euro.

[Erdbebenhilfe](#)

■ MOBILITÄT

Mitgliedstaaten billigen Einigung auf emissionsfreie Pkw ab 2035

Die EU-Kommission hat den endgültigen Beschluss der [Mitgliedstaaten](#) begrüßt, von 2035 in der EU nur noch Neuwagen mit klimaneutralem Antrieb zuzulassen. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident und zuständig für den europäischen Grünen Deal, sagte: „Die Richtung ist klar: Im Jahr 2035 müssen neue Pkw und Kleintransporter emissionsfrei sein.“ Zuvor hatte das Europäische Parlament der Regelung zugestimmt. Mitgliedstaaten und Parlament hatten sich bereits im vergangenen Oktober auf eine entsprechende Initiative der EU-Kommission verständigt. Die Einigung sieht auch vor, den Einsatz von E-Fuels zu

prüfen. Die Kommission schafft jetzt die rechtlichen Voraussetzungen für die Verwendung der synthetischen Kraftstoffe, die aus Wasserstoff und Kohlendioxid unter Einsatz von grünem Strom hergestellt werden. Bis Herbst 2023 wird eine entsprechende Initiative erfolgen. Zugleich einigten sich Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament auf den Aufbau einer Lade-Infrastruktur in Europa. Entlang von Autobahnen und Bundesstraßen soll alle 60 Kilometer eine [Ladestation](#) für Elektroautos stehen.

[Mobilitätswende](#)

■ IPCC-BERICHT

Timmermans dringt auf weitere Schritte zum Klimaschutz

Die EU-Kommission hat nach dem jüngsten Bericht des Weltklimarates IPCC zu weiteren Anstrengungen beim weltweiten Klimaschutz aufgerufen. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den europäischen Grünen Deal, [twitterte](#): „Jeder Bruchteil eines Grads zählt. Und jeder Schritt macht einen Unterschied.“ Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten berieten auf ihrem jüngsten Gipfel mit UN-

Generalsekretär António Guterres über weitere Maßnahmen beim Klimaschutz. Der Weltklimarat fordert, den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens nachzukommen, den Anstieg der mittleren Temperatur bis Ende des Jahrhunderts auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

[Klimaschutz](#)

Von der Leyen ruft zur Stärkung des Europäischen Binnenmarkts auf

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zu weiteren Anstrengungen bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Binnenmarkts aufgerufen. Nach Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten auf dem jüngsten EU-Gipfel in Brüssel erklärte die Präsidentin: „Wir müssen weiter unseren Binnenmarkt stärken und noch bestehende Hindernisse beseitigen.“

Die EU-Kommission hatte vor den Beratungen Vorschläge vorgelegt, um den Europäischen Binnenmarkt weiter zu stärken. Die Initiative sieht unter anderem vor, bestehende Binnenmarkt-Vorschriften besser durchzusetzen und Hemmnisse auf Ebene der Mitgliedstaaten abzubauen, etwa bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission, betonte: „Dies ist nicht nur wichtig, um künftig hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und Wachstum zu generieren, sondern auch, um die Chancen voll zu nutzen, die uns der ökologische und digitale Wandel bietet.“

Der Europäische Binnenmarkt war vor 30 Jahren geschaffen worden, er garantiert seit 1. Januar 1993 den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen. Eine Zwischenbilanz in 6 Zahlen:

447 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher machen den Europäischen Binnenmarkt zu einem der größten Handelsräume der Welt. Lästige Zölle an den Binnengrenzen entfallen. Neben den 27 Mitgliedstaaten der EU haben auch Island, Norwegen und Liechtenstein, die mit der EU den Europäischen Wirtschaftsraum bilden, sowie – über bilaterale Verträge – die Schweiz Zugang zum gemeinsamen Markt.

3,4 Billionen Euro betrug der Wert der im Binnenmarkt gehandelten Waren im Jahr 2021. Das war mehr als fünfmal so



© Shutterstock

viel wie zum Start des freien Handels 1993. Seit damals stieg die Summe der Dienstleistungen um knapp das Sechsfache auf rund 997,7 Milliarden Euro im Jahr 2021.

24 Millionen Unternehmen mit rund 128 Millionen Beschäftigten sind auf dem Binnenmarkt aktiv. 17 Millionen Beschäftigte arbeiten in einem anderen EU-Mitgliedstaat als ihrem Heimatland.

56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schafft der gemeinsame Markt nach Schätzungen in Europa – gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) im Mittelstand. Sie profitieren besonders vom Wegfall aufwändiger Formulare, etwa für den Zoll.

3.600 Normen sind seit Einführung des Binnenmarkts europaweit harmonisiert worden. Das sorgt für gemeinsame Produktstandards und erleichtert Exporte.

751 Milliarden Euro ist der Wert der aus Deutschland nach Europa ausgeführten Waren im Jahr 2021. Das entspricht knapp einem Fünftel des gesamten Warenexports im gemeinsamen Markt. Damit profitieren Unternehmen und Beschäftigte in Deutschland kräftig vom Binnenmarkt.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT VERBESSERN

„Der Binnenmarkt ist unser größtes Kapital“, stellte von der Leyen zum Jubiläum fest. Deshalb dringt die EU-Kommission auch darauf, den Europäischen Binnenmarkt im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig zu halten. EU-Kommissar Thierry Breton sagte, „der Binnenmarkt ist viel mehr als nur eine Freihandelszone – er ist ein Raum der Freiheit, des Wohlstands und der Resilienz für alle.“ (pr)

Binnenmarkt

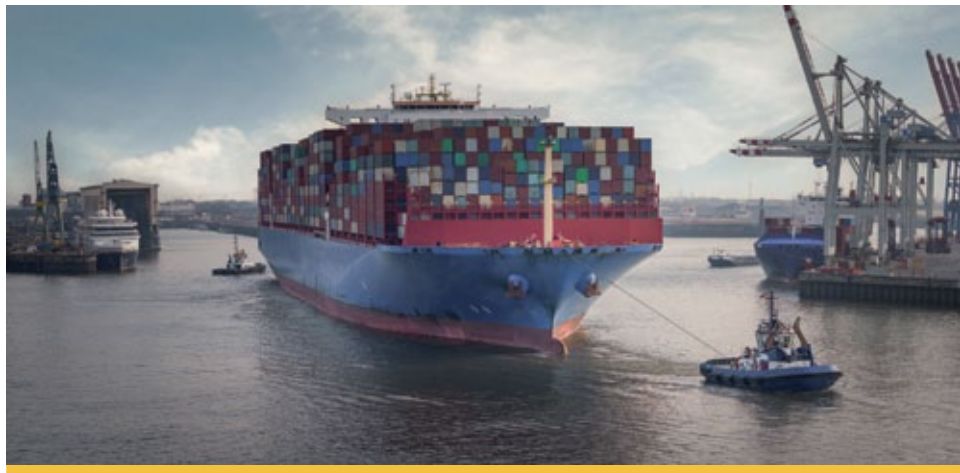
“*Der Binnenmarkt ist seit dreißig Jahren das Fundament der EU. Er bietet Chancen für Millionen von Unternehmen sowie für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa.*”

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission

■ MODERNISIERUNG

Die EU-Kommission unterstützt 13 Modellprojekte in Deutschland

Die EU-Kommission hat für dieses Jahr die Unterstützung für weitere 151 Vorzeigeprojekte in den Bereichen Digitalisierung, Klima-Übergang sowie Verwaltungsmodernisierung und -kooperation in Europa zugesagt. Dazu gehören 13 Modellprojekte in Deutschland. Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, unterstrich die Bedeutung der Initiative: „Die hohe Zahl der Anträge auf Unterstützung veranschaulicht, wie wichtig Reformen in Schlüsselbereichen sind, wie entschlossen die Beteiligten diese Reformen vorantreiben wollen und wie hilfreich die fachliche Unterstützung ist.“



Der Hamburger Hafen beteiligt sich an einem Pilotprojekt zur Digitalisierung.

© Shutterstock

Instrument für technische Unterstützung – *Technical Support Instrument (TSI)* – heißt das europäische Förderprogramm für Leuchtturmprojekte in der Fachsprache. In den Jahren 2021 bis 2027 stellt die EU-Kommission dafür rund 864 Millionen Euro bereit, allein in diesem Jahr fließen 119 Millionen Euro in die Modellvorhaben. Doch die finanzielle Unterstützung ist nur ein Aspekt des Programms. Darüber hinaus geht es darum, dass sich Verwaltungen und Institutionen in den Mitgliedstaaten mehr austauschen, um gemeinsam den digitalen und grünen Wandel voranzubringen.

VON HAFENSICHERHEIT BIS WALDBRANDBEKÄMPFUNG

Von den dreizehn geförderten Initiativen in *Deutschland* stammen zehn aus dem Bereich der Verwaltungsmodernisierung und -kooperation. Zu den von der EU in Deutschland unterstützten Modellvorhaben zählen zum Beispiel:

Stärkung der Verwaltung: Unterstützt wird unter anderem ein Vorhaben unter Federführung des Bundesfinanzministeriums, die IT-Infrastruktur der Bundesverwaltung zu modernisieren. Über den Austausch zur Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Verwaltung – Public Administration Cooperation Exchange (PACE) – sollen die Erfahrungen im Rahmen eines Förderprojekts mit Behörden in anderen Mitgliedstaaten geteilt werden. Dabei setzt die EU-Kommission auch auf direkte Austauschprogramme. So wird in Deutschland unter anderem ein Austauschprojekt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Ministerien und Behörden gefördert, um sich vor Ort in anderen Mitgliedstaaten anzuschauen, wie die Verwaltung organisiert ist. Dadurch können Bedienstete der öffentlichen Verwaltung bis zu neun Wochen in einem anderen EU-Mitgliedstaat arbeiten. Themenschwerpunkte sind Bereiche wie Klimaneutralität und der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI). So setzt die Stadt Hamburg zum Beispiel auf KI bei der Bearbeitung von Bürgerbriefen. Ein Softwareprogramm hilft bei der Weiterleitung der Eingaben an die entsprechenden Stellen der Verwaltung.

Digitalisierung und Hafensicherheit: Hamburg stellt nach Rotterdam und Antwerpen den drittgrößten Hafen in der EU.

Die EU-Kommission bringt die drei Häfen zu einem Pilotprojekt zusammen. Unter Federführung des Hafens in Antwerpen läuft ein Modellvorhaben zu Digitalisierung und Sicherheit an, etwa zu biometrischen Erkennungssystemen. Der Hamburger Hafen ist dabei als Juniorpartner des größeren Seehafens Antwerpen an Bord. Antwerpen setzt seit Jahren auf die Digitalisierung der Hafenverwaltung. APICA – Advanced Port Information & Control Assistant – heißt die digitale Kopie des Hafengeländes. Containerabfertigungen, ein- und ausfahrende Schiffe – alles wird in der virtuellen Welt gespiegelt. Dadurch lässt sich die Logistik optimieren und die Sicherheit erhöhen.

Klima-Anpassung: Rund 900 Hektar Wald wurden nach vorläufigen Angaben im Jahr 2022 durch verheerende Brände allein in Sachsen vernichtet. Zum Vergleich: Im Jahr zuvor waren es nur 3,2 Hektar. Die EU-Kommission fördert mit dem Vorhaben TSI Wildfires die Zusammenarbeit von Behörden bei der Prävention und Bekämpfung von Waldbränden. Auch grenzüberschreitend, wie zum Beispiel im Erzgebirge. So arbeiten in dem neuen Kooperationsprojekt Fachleute aus Sachsen und Tschechien mit Expertenteams aus anderen Mitgliedstaaten zusammen, um gemeinsame Lösungen in der Waldbrandbekämpfung zu erarbeiten.

Insgesamt wurden in der EU bislang mehr als dreihundert Reformprojekte im Rahmen des Förderinstruments technische Unterstützung vorangebracht, davon knapp ein Zehntel in Deutschland. Ferreira nannte die Unterstützung „ein unverzichtbares Hilfsmittel für die Mitgliedstaaten“. (pr)

[Modellprojekte](#)

Europäische Verzahnung

Das Instrument für technische Unterstützung – Technical Support Instrument (TSI) – der EU-Kommission bietet den Behörden der EU-Mitgliedstaaten auf Antrag im Zeitraum 2021 bis 2027 bedarfsgerecht und maßgeschneidert technische Hilfen bei der Umsetzung von Reformvorhaben an. Seit 2018 wurden in Deutschland 28 Projekte unterstützt und die volle Fördersumme übernommen. Verwaltungen und Behörden, die an einem europäischen TSI-Projekt mitarbeiten wollen, können sich über die nationale Kontaktstelle beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz informieren, unter TSI@bmwk.bund.de

Wie Dortmund Neuzugewanderten aus der EU das Ankommen in der Stadt erleichtert

Johanna Smith denkt zunächst mal sehr pragmatisch. Und das ist wichtig für ihren Job. Die Sozialarbeiterin der Diakonie Dortmund und Lünen sagt: „Wir finden die Menschen oder die Menschen finden uns. Das klappt schon.“ Smith betreut das Projekt Gesundheit, Integration, Vielfalt, Empowerment – GIVE. Hinter dem Kürzel verbirgt sich sehr viel praktische Arbeit.



Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds+ werden in Dortmund Neuzugewanderte aus anderen EU-Staaten unterstützt.

© GIVE

Smith erläutert: „Wir helfen Neuzugewanderten aus anderen Mitgliedstaaten der EU, in Dortmund anzukommen.“ Das reicht von Behördengängen bei der Anmeldung bis zur Registrierung bei der Sozialversicherung. Das Besondere der Initiative für Smith: „Wir unterstützen die Menschen in ihrer jeweiligen Muttersprache.“

FÖRDERUNG DURCH DEN ESF+

Dabei setzt GIVE auf einen übergreifenden Ansatz. Neben der Diakonie sind auch Caritas, Arbeiterwohlfahrt und andere Verbände wie die Wohnungsbaugesellschaft Grünbau beteiligt sowie der Planerladen, der Weiterbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert. Die EU-Kommission unterstützt die Dortmunder Initiative mit Mitteln aus dem *Europäischen Sozialfonds+ (ESF+)*. In Deutschland erhalten Bund und Länder bis 2027 insgesamt rund 6,56 Milliarden Euro aus dem ESF+.

EU-Sozialkommissar Nicolas Schmitt erklärt zur grundsätzlichen Bedeutung des *europäischen Förderprogramms*: „Der Europäische Sozialfonds Plus trägt maßgeblich dazu bei, den Menschen zu helfen, neue und bessere Arbeitsplätze zu finden, und ein zuverlässiges Sicherheitsnetz für die Schwächsten der Gesellschaft zu knüpfen. Auf diese Weise dient der ESF Plus in ganz entscheidender Weise der Umsetzung gemeinsamer europäischer Ziele in den Bereichen Beschäftigung, lebenslanges Lernen und Armutsbekämpfung.“

UNTERSTÜTZUNG IN NEUN SPRACHEN

Im Team der Dortmunder Initiative GIVE sprechen sie neun Sprachen: Neben Deutsch, Englisch, Spanisch und Italienisch auch Bulgarisch, Rumänisch, Polnisch und Katalanisch sowie Romanes, die

Sprache der Roma. „Ohne muttersprachliche Unterstützung kann es beim Umgang mit Behörden leicht zu Missverständnissen kommen“, erläutert Smith die Bedeutung der Sprache für die Arbeit ihres Teams. Doch geht es um mehr als Behördengänge. Die Diakonie arbeitet im GIVE-Projekt auch mit anderen Sozialträgern zusammen. Mit Viertelwerk etwa, einer Wohnungsbaugesellschaft. Smith betont: „Eine Wohnung mit einem entsprechenden sozialen Umfeld erleichtert das Ankommen enorm.“

Die Sozialarbeiterin hat das mit dem Ankommen selbst erlebt. Im Alter von drei Jahren kam Smith mit ihren Eltern aus Bulgarien nach Deutschland. Das prägt den Blick. Und so geht es im Dortmunder Projekt nicht allein um Hilfe bei Behördengängen und Wohnungssuche, sondern auch um Anti-Diskriminierung. Die EU-Kommission hat GIVE wegen seines übergreifenden Ansatzes als ein *besonders gelungenes Projekt* im Rahmen des ESF+ ausgewählt. Längst ist eine Nachfolgeinitiative angelaufen zur Bekämpfung der verdeckten Wohnungslosigkeit.

Im Rahmen der europäischen Unterstützung tauschen sich Smith und ihr Team auch mit anderen Initiativen in Deutschland aus. „Jede Stadt muss ihren Weg finden“, erzählt die Sozialarbeiterin. Auch mit anderen europäischen Integrationsprojekten stehen Smith und ihr Team in Verbindung.

Zur Förderung durch den ESF+ hält Smith fest: „Ohne unseren Zusammenhalt vor Ort und ohne die europäische Unterstützung hätten wir unsere Hilfe hier in Dortmund nicht aufbauen können.“ (pr)

GIVE

Unterstützung für besonders Benachteiligte

Der *Europäische Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen* (EHAP) unterstützt besonders bedürftige Menschen in Europa. Das Programm wird unter anderem durch den Europäischen Sozialfonds+ gefördert. In Dortmund wird das Projekt GIVE im Kampf gegen Diskriminierung unterstützt, in Berlin die Initiative *Frostschutzengel*, die zum Beispiel Gesundheitsberatung für obdachlose Menschen organisiert.

Europa in Zahlen

2,72

Milliarden Urlaubs-Übernachtungen wurden im vergangenen Jahr in der EU registriert. Damit erreicht der Tourismus in Europa fast das Niveau aus den Urlaubszeiten vor der Pandemie. Für das Jahr 2019 hatte die europäische Statistikbehörde Eurostat noch rund 5,2 Prozent mehr touristische Übernachtungen ausgewiesen. Die meisten Urlaubs-Übernachtungen im Jahr 2022 verbuchte demnach Spanien (451 Millionen), gefolgt von Frankreich (443 Millionen) und Deutschland (400 Millionen).

Vergleicht man die Entwicklung der Urlaubsländer, so konnte Dänemark am stärksten zulegen: Im Vergleich zu 2019 zählte das Ferienziel im vergangenen Jahr mit 38 Millionen touristische Übernachtungen ein Plus von 12,8 Prozent, gefolgt von den Niederlanden (plus 4 Prozent) und Belgien (plus 0,9 Prozent). Deutschland liegt mit einem Minus von 8,3 Prozent der Gäste-Übernachtungen im Vergleich der Urlauberzahlen zwischen 2019 und 2022 im europäischen Mittelfeld.

Ferienzeit

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.04.2023 18.30–20.00 Uhr	„Simulation des Europäischen Parlaments an der VHS Dresden“ Vorbereitungskurs – Europa selbst gestalten Veranstalter: Junge Europäische Föderalist:innen Sachsen	Volkshochschule Dresden Annenstraße 10 01067 Dresden	www.europatermine.de/europa-termine/termin/28818
> 18.04.2023 20.00–21.30 Uhr	„Europa und der Krieg in der Ukraine: Folgen und Aussichten“ Vortrag Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/europa-am-dienstag/europa-und-der-krieg-in-der-ukraine
> 19.04.2023 12.30–14.00 Uhr	„Euro-Lunch: Neuigkeiten aus Brüssel“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunkt.bremen.de/events/euro-lunch-neuigkeiten-aus-bruessel/
> 19.04.2023 17.00 Uhr	„Fachkräftemangel in Europa. Wie gelingt die EU-Migrationspolitik?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: EuropaUnion Deutschland	dbb forum Berlin Friedrichstraße 169 10117 Berlin	www.europa-union.de/fileadmin/files_eud/PDF-Da-teien_EUD/EUD_Veranstaltungen/2023/2023.04.19_EA_Migrationspolitik_Einladung.pdf
> 20.04.2023 11.00–12.30 Uhr	„Europäische Erinnerungskultur und Antisemitismus – Was wir aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen können!“ Veranstaltungsreihe #Zukunft Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	https://europapunkt.bremen.de/events/4487/

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de <<

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ EU-INDEX ZUR WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Oberbayern und Hamburg vorn

Wie wettbewerbsfähig ist Ihre Region? Antworten darauf finden sich im Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit für 235 Regionen in der EU, den die EU-Kommission veröffentlicht hat. Demnach zählen Oberbayern, Hamburg, Düsseldorf und Köln zu den wettbewerbsfähigsten Regionen in Deutschland. EU-weit an der Spitze stehen Utrecht und Südholland sowie die französische Hauptstadtregion Île-de-France. Der Index wurde komplett überarbeitet. Er zeigt weitere große Unterschiede zwischen den europäischen Regionen. Deutlich wird aber auch, dass die weniger entwickelten Regionen wettbewerbsfähiger geworden sind.

Die meisten deutschen Regionen liegen bei der Wettbewerbsfähigkeit im EU-weiten Vergleich im oberen Drittel: Oberbayern liegt auf Platz 14, gefolgt von Hamburg (Platz 15), Düsseldorf (Platz 16), Köln (Platz 17) sowie Karlsruhe und Darmstadt (Platz 18 gleichauf). Zu den wettbewerbsschwächeren Regionen in Deutschland zählen Kassel (96), Weser-Ems (Platz 99), Mecklenburg-Vorpommern (Platz 103), und Sachsen-Anhalt (Platz 105).

[EU-Index für regionale Wettbewerbsfähigkeit](#)



© Shutterstock

■ ÖKO-LANDBAU

Jetzt für die EU-Bio-Preise bewerben!

Die 2022 erstmals vergebenen EU-Bio-Preise würdigen innovative, nachhaltige und inspirierende Projekte entlang der Wertschöpfungskette von biologisch angebauten Lebensmitteln. Noch bis zum 14. Mai können sich Interessierte bewerben: von Landwirtinnen und Landwirten über Städte/Regionen, in deren Krankenhäusern oder Schulen Bio-Essen serviert werden oder die über andere Wege Öko-Produktion fördern, bis hin zu Unternehmen mit einem einzigartigen Ansatz, der zu einem echten Mehrwert führt.

Es werden insgesamt acht Auszeichnungen vergeben, und zwar in sieben Kategorien: Bester Bio-Landwirt und beste Bio-Landwirtin, Beste Bio-Region, Beste Bio-Stadt, Bester Bio-Kreislauf, bestes Bio-Lebensmittel verarbeitendes KMU (kleine und mittlere Unternehmen), Bester Bio-Lebensmitteleinzelhandel und Beste Bio-Restaurant/Lebensmitteldienstleistung. Die Preisverleihung findet am 25. September in Brüssel statt.

[EU-Bio-Preise](#)

■ NETWORKING

Europa fängt in der Gemeinde an

Die EU für die rund 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger greifbarer machen – das ist das Ziel des Projekts „Europa fängt in der Gemeinde an“. Es soll ein Netzwerk aus Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitikern entstehen, die über die nationalen Grenzen hinweg zusammenarbeiten und in ihrem Wahlkreis über Themen mit Bezug zur Europäischen Union informieren – eine zuvor nie dagewesene Partnerschaft der europäischen und lokalen Regierungsebene. Im Dezember fanden die ersten drei [Willkommensrunden](#) statt.

Die Europäische Kommission ruft weitere lokale Behörden dazu auf, sich für die Teilnahme am Netzwerk zu bewerben. Der Bewerbungsverfahren ist simpel: Einfach das Bewerbungsformular ausfüllen und die Erklärung mit der Unterschrift des designierten Gemeinderatsmitglieds und des gesetzlichen Vertreters der lokalen Behörde hochladen.

[Europäisches Netzwerk](#)

■ KONSULTATION ZUR ÖKODESIGN-VERORDNUNG

Welche Produkte sollen Priorität haben?

Die Kommission will ein Ende der Wegwerfgesellschaft, nachhaltige Produkte sollen in der EU zur Norm werden. In einer öffentlichen Online-Konsultation können Interessierte ihre Meinung dazu abgeben, welche Produkte im Rahmen der vorgeschlagenen Verordnung über Ökodesign für nachhaltige Produkte vorrangig behandelt werden sollten. Die Verordnung deckt den gesamten Lebenszyklus der Produkte ab, von der Konzeption über die tägliche Nutzung bis hin zur Lebensdauer.

Konkret soll das die Energie- und Ressourceneffizienz verbessern, ebenso die Kreislauffähigkeit (einschließlich Wiederverwendung, Reparierbarkeit, Haltbarkeit und Recyclingfähigkeit). Auch soll sichergestellt werden, dass diese Produkte aus mehr recycelten Materialien hergestellt werden. Die Konsultation läuft bis zum 12. Mai.

[Öffentliche Online-Konsultation](#)



© Shutterstock